

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 67 (1975)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Der britische Gewerkschaftskongress setzt Schwerpunkte  
**Autor:** Brügel, J.W.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-354761>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der britische Gewerkschaftskongress setzt Schwerpunkte

*J. W. Brügel*

In den letzten Jahren war der immer in der ersten Septemberwoche von Montag früh bis Freitag mittag tagende Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) von zwei Verhandlungsgegenständen beherrscht: neben der selbstverständlichen Sorge um die Lohn- und Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften stand immer die Frage der britischen *Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG)* in Brüssel im Vordergrund meist leidenschaftlicher Auseinandersetzungen. Mit Hilfe der Blockstimmen der grossen Gewerkschaften sind alljährlich «europafeindliche» Resolutionen mit grosser Mehrheit angenommen worden, 1973 und 1974 sogar verschiedene Resolutionen, die einander widersprachen.

Das erste britische Referendum vom 5. Juni, bei dem sich die Wählerschaft im Verhältnis 2:1 für ein Verbleiben des Landes in den europäischen Institutionen ausgesprochen hat, befreite den Gewerkschaftskongress in Blackpool von den früheren Europa-Diskussionen. Es wurde ein Antrag angenommen, das Ergebnis des Referendums zu akzeptieren und den bisherigen *Boykott des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG aufzugeben. Der TUC wird nunmehr die ihm dort vorbehaltenen acht Sitze einnehmen.* Als Rückzugsgefecht war ein Zusatzantrag vorgelegt worden, demzufolge der Bildung einer «Europäischen Union» eine weitere Volksbefragung vorangehen solle. Das wurde debattelos angenommen in dem Bewusstsein, dass ein solcher Beschluss völlig bedeutungslos ist, während eine Debatte darüber kaum verheilte Wunden wieder aufreissen müsste.

Im Gegensatz dazu gab es in Blackpool zwar leidenschaftslos, aber mit grosser Gründlichkeit ausgetragene Auseinandersetzungen über das gegenwärtige Zentralproblem, das alle Erwägungen auf der britischen Insel beherrscht: die *Inflation*, die steigende *Arbeitslosigkeit* und die Zukunft des zwischen der Regierung Wilson und dem TUC geschlossenen «*Sozialkontrakts*», der, in Kürze ausgedrückt, besagt, dass die Labourregierung sich zu sozialpolitischen Reformen verpflichtet, wie höhere Altersrenten, ein Mietestopp usw. (Dinge, die fast alle schon verwirklicht worden sind), wofür die Gewerkschaften Lohnaufbesserungen nur zur Abgeltung von Preiserhöhungen verlangen werden. Das Preisniveau ist etwa um 20 Prozent gestiegen, aber einige Gewerkschaften haben 30prozentige Lohnerhöhungen entweder durchgesetzt oder wenigstens verlangt. So unsinnig es wäre, einseitig Lohnerhöhungen als für die Inflation verantwortlich zu bezeichnen – als ob es keine den Benzinpreis ver-

vielfachende Ölscheichs gäbe –, so unsinnig wäre es zu leugnen, dass eine Erhöhung des Bergarbeitereinkommens um 30 Prozent, mag sie an sich noch so berechtigt sein, inflationistische Wirkungen haben und sogar zur Abkehr von der Kohle zugunsten anderer Heizstoffe führen könnte, also die Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern verstärken müsste. Unter diesen Umständen schien eine *Neuformulierung des Sozialkontrakts* unabweislich.

Der Regierung Wilson ist da in der Person des Generalsekretärs des Transport- und Allgemeinen Arbeiterverbandes, Jack Jones, ein unerwarteter Verbündeter erwachsen. Sein Verband organisiert vor allem Docker und Autobuspersonal sowie – mit Ausnahme von Bergarbeiter – Arbeitnehmer jeder Kategorie – er ist ein Gewerkschaftsbund im kleinen. Jedenfalls sind die meisten der von diesem Verband betreuten Menschen ungelernete Arbeiter mit einem verhältnismässig niedrigen Einkommen. Jones' von der Regierung Wilson übernommener Vorschlag zielt nun dahin, durch Einführung einer oberen Grenze für Lohnerhöhungen eine relative Besserstellung der am schlechtesten entlohnten Kategorien zu sichern. Praktisch sieht das so aus, dass niemand mehr an Lohnerhöhung bekommen kann als 6 Pfund (etwa Fr. 34.–) die Woche; wer aber bisher schon mehr als 8500 Pfund im Jahr verdient, darf überhaupt keine Aufbesserung verlangen. Jones hatte nun die nicht leichte Aufgabe, unterstützt vom TUC-Generalsekretär Len Murray, diesen seinen Vorschlag auf dem Gewerkschaftskongress durchzusetzen. Hier kamen die historischen Unterscheidungen von «rechts» und «links» völlig in Wegfall. Jones gilt als «Linker»: gegen seinen Vorschlag stimmten sowohl Gewerkschaften, denen man eine «linke» Führung nachsagt, als auch solche, die als «rechtsgerichtet» gelten. Hier ging es nämlich um eine rein gewerkschaftliche Streitfrage: was gerechter ist, die Niedrigentlohten zu bevorzugen oder den «Abstand» aufrechtzuerhalten, den die qualifizierten vor den unqualifizierten Arbeitern haben. Die Lokomotivführer zum Beispiel bestehen auf einem lohnmassigen Vorsprung vor den übrigen Eisenbahnern; sie sehen darin die ganze Existenzberechtigung der Aufrechterhaltung einer eigenen Organisation. Sie waren unter jenen, die gegen den Vorschlag von Jones stimmten, obwohl die Führung sonst politisch mit Jones «durch Dick und Dünn» geht. *Gesiegt hat vor allem ein Argument, das Jones wiederholt ins Treffen führte: dass es unter allen Umständen ein gewerkschaftliches Interesse darstellt, die Regierung Wilson im Amt zu erhalten.* Bei der Abstimmung ging die von Jones vertretene Linie mit grosser Mehrheit – 6,9 Millionen gegen 3,4 Millionen – durch. Für den Fall, dass sich diese freiwillige Einkommenspolitik nicht bewähren sollte, hat die Regierung Wilson angekündigt, dass sie sich, wenn auch ungerne, die Möglichkeit einer gesetzlichen Massnahme vorbehält. Davon war der Gewerkschaftskongress weit weniger begeistert. Ein



solche Absichten verwerfender Antrag wurde mit 6,4 gegen 4 Millionen Stimmen abgelehnt.

TUC-Beschlüsse sind für die angeschlossenen Gewerkschaften nicht bindend. Trotzdem hat die Union of Public Employees (die meist schlecht bezahltes Krankenhauspersonal organisiert), nachdem sie gegen den Antrag Jones gestimmt hatte, erklärt, sich dem Mehrheitsbeschluss fügen zu wollen. Dagegen hat der Metall- und Maschinenbauerverband mit 1,4 Millionen Mitgliedern seine weitere Haltung von einem Beschluss seiner leitenden Organe abhängig gemacht.

Der Gewerkschaftskongress von 1975 tagte im Zeichen der *höchsten bisher erzielten Mitgliederzahl*. Trotz eines leichten, durch den Schrumpfungprozess des Wirtschaftszweiges hervorgerufenen Rückgangs bei Eisenbahnern und Bergarbeitern verzeichnet der TUC einen Mitgliederzuwachs von 340 000 gegenüber dem Vorjahr, davon 160 000 Frauen. Alle angeschlossenen Verbände zusammen stellen jetzt eine *TUC-Mitgliedschaft von 10 360 000*.